

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 50. und 51. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 28. August und Freitag, dem 29. August 2008

**1. Abgeordnete**  
**Heike Raab und**  
**Ulla Brede-Hoffmann**  
**(SPD)**

### **Schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch**

Mit der am 23. Mai 2007 angenommenen Änderung des Kindertagesstättengesetzes hat der Landtag die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch bis zum Jahr 2010 und die Übernahme der dadurch den Trägern entstehenden Einnahmeausfälle durch das Land beschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was waren die Gründe für die Landesregierung, als bundesweit erstes Land die vollständige Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten zu realisieren?
2. Auf welche Höhe werden sich die Gesamtausgaben des Landes zur Finanzierung der Beitragsfreiheit belaufen?
3. Welche durchschnittliche Entlastung erfahren die einzelnen Familien durch die Beitragsfreiheit heute und wie wird sich diese in den kommenden Jahren entwickeln?
4. Welche pädagogischen Erwartungen verbindet die Landesregierung mit der Beitragsfreiheit?

**2. Abgeordnete**  
**Hans-Josef Bracht und**  
**Dr. Josef Rosenbauer**  
**(CDU)**

### **Trennung zwischen der Tätigkeit als Staatssekretär und der SPD-Parteiarbeit**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch war durchschnittlich die wöchentliche Stundenzahl, die der Chef der Staatskanzlei zur Unterstützung der SPD in Land und Bund aufgebracht hat (seit Übernahme des Amtes des SPD-Parteivorsitzenden durch den Ministerpräsidenten, nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Monaten)?
2. Wie viel Zeit hat der Chef der Staatskanzlei aufgebracht, um gemeinsam mit Herrn Staatssekretär Heinrich Tiemann die Eckpunkte eines Regierungs- und Wahlprogramms sowie eine Klausurtagung der Bundes-SPD am 7. September 2008 vorzubereiten?
3. Inwieweit gehen diese Tätigkeiten zu Lasten seiner Aufgabe in der Staatskanzlei und inwieweit wird hierfür z. B. auf Mitarbeiter und Logistik der Staatskanzlei zurückgegriffen?
4. Inwieweit lässt sich der Chef der Staatskanzlei für diese Tätigkeiten beurlauben?

---

Die Mündlichen Anfragen Nr. 9, 10, 13 und 16 sind fristgerecht für die 51. Plenarsitzung am Freitag, dem 29. August 2008, eingegangen.

**3. Abgeordnete  
Günter Eymael und  
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

**Pläne der Deutschen Telekom zur Schließung von Call-Centern**

Die Deutsche Telekom beabsichtigt, bis zu zwei Drittel ihrer knapp 75 Call-Center in Deutschland zu schließen. Von der Schließung betroffen sind laut Medienberichten u. a. auch die rheinland-pfälzischen Standorte Mainz mit 230 Beschäftigten und Neustadt/Weinstraße mit 135 Beschäftigten. Des Weiteren seien die Call-Center in Trier und Koblenz gefährdet. Vor diesem Hintergrund forderte der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister von der Telekom für deren Mitarbeiter „echte Beschäftigungsgarantien“ und zumutbare Entfernungen zu neuen Jobs.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Pläne zur Schließung von Call-Centern liegen seitens der Deutschen Telekom für ihre rheinland-pfälzischen Standorte vor und wie viele Mitarbeiter sind hiervon betroffen?
2. Wann wurde die rheinland-pfälzische Landesregierung von den Plänen der Deutschen Telekom unterrichtet?
3. Mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt Wirtschaftsminister Hendrik Hering seine Forderungen nach „echten Beschäftigungsgarantien“ einem Privatunternehmen gegenüber durchzusetzen?
4. Kennt die Landesregierung die Informationspolitik des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern, den betroffenen Gebietskörperschaften und dem Land Rheinland-Pfalz?

**4. Abgeordnete  
Marlies Kohnle-Gros und  
Gerd Schreiner (CDU)**

**Zukunft des Arp-Museums**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sieht das künftige Ausstellungskonzept für das Arp-Museum aus?
2. Welche baulichen (Umbau-)Maßnahmen sind hierfür erforderlich und was werden sie kosten?
3. Wie begründet sich die Erhöhung der Betriebskosten um 2 Mio. € auf rund 3,7 Mio. € pro Jahr?
4. Ist die Aufstockung der Zuwendungen ausreichend, damit das Arp-Museum auch mittel- bis langfristig ausreichend finanziert ist?

**5. Abgeordnete  
Margit Mohr,  
Manfred Nink und  
Alexander Schweitzer  
(SPD)**

**Geplante Umstrukturierung der Service-Center der Deutschen Telekom und geplante Schließungen von Call-Centern der Deutschen Telekom**

Die Deutsche Telekom hat am 21. August 2008 mitgeteilt, dass vier der fünf rheinland-pfälzischen Call-Center der Deutschen Telekom geschlossen werden sollen, und zwar an den Standorten Koblenz, Trier, Mainz und Neustadt. Nur der Call-Center-Standort in Ludwigshafen soll nach Plänen der Deutschen Telekom erhalten bleiben. Deutschlandweit soll es nach Plänen der Deutschen Telekom künftig nur noch 24 Standorte geben. Insgesamt sind im Land ca. 600 Beschäftigte betroffen. Den Beschäftigten sollen von der Deutschen Telekom an anderen Standorten Beschäftigungsangebote gemacht werden.

Wirtschaftsminister Hendrik Hering hat die Schließungspläne der Deutschen Telekom nach Bekanntwerden kritisiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Schließungspläne von Call-Centern der Deutschen Telekom hinsichtlich der rheinland-pfälzischen Standorte nach den von der Deutschen Telekom am 21. August 2008 genauer dargelegten Umstrukturierungsabsichten?
2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen befürchtet die Landesregierung bei tatsächlicher Schließung von Standorten von Call-Centern im Land, insbesondere für die Beschäftigten?
3. Wie viele Beschäftigungsverhältnisse werden nach Kenntnis der Landesregierung durch die Umstrukturierungspläne der Deutschen Telekom im Land verloren gehen?

**6. Abgeordneter  
Josef Dötsch (CDU)**

**Zukunft des Landesmedienzentrums in Koblenz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Bei der von der Landesregierung geplanten Neustrukturierung der pädagogischen Serviceeinrichtungen in Rheinland-Pfalz sollen die Kompetenzen der einzelnen Institute neu geregelt werden. Wann wird das für Mitte 2008 angekündigte Konzept zur Umstrukturierung vorgelegt?
2. Welche Auswirkungen hat die Umorganisation auf die einzelnen Standorte im Land?
3. Wie gestaltet sich die Zukunft der Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen im Land? Ist insbesondere im Rahmen einer Härtefallregelung beabsichtigt, einen Sozialplan zu erstellen?
4. In welcher Höhe entstehen Kosten bei der Umstrukturierung?

**7. Abgeordnete  
Dr. Stefanie Lejeune (FDP)**

**Besetzung der Position des Chefdirigenten der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz**

Im Herbst 2007 wurde bekannt, dass der derzeitige Chefdirigent der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz, Ari Rasilainen, nach insgesamt sieben, sehr erfolgreichen Spielzeiten in Ludwigshafen seinen Vertrag nicht mehr verlängern möchte. Nach einer entsprechenden Ankündigung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sollte ein Nachfolger für die Spielzeit 2009/2010 im Sommer dieses Jahres gefunden sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung einen Nachfolger für die Position des Chefdirigenten der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz gewinnen können?
2. Wie viele geeignete Bewerber haben sich für diese Position beworben und wie vielen von diesen wurde ein konkretes Vertragsangebot gemacht?
3. Ist der Landesregierung bekannt, warum geeignete Bewerber einer Vertragsunterzeichnung nicht näher treten wollten?
4. Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um baldmöglichst die für die Deutsche Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz wichtige Personalentscheidung herbeizuführen?

**8. Abgeordnete  
Marianne Grosse und  
Jutta Steinruck (SPD)**

**Neuorganisation des SGB II**

Am 14. Juli 2008 haben die Arbeits- und Sozialministerinnen und -minister von Bund und Ländern einstimmig beschlossen, durch eine Änderung des Grundgesetzes die durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Kooperation des Bundes und der Kommunen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen verfassungsrechtlich abzusichern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Einigung mit Blick auf Rheinland-Pfalz?
2. Welche Verbesserungsmöglichkeiten in den Arbeitsstrukturen zur Optimierung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung und der Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit, Ländern und Kommunen sieht die Landesregierung?
3. Inwieweit verbessert sich aus Sicht der Landesregierung durch diese Einigung die Situation der Mitarbeiter der ARGEN in Rheinland-Pfalz?

**9. Abgeordnete**  
**Alexander Licht und**  
**Dr. Peter Enders (CDU)**

**Notarztversorgung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die notärztliche Versorgung insbesondere in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund aktueller Proteste der Bevölkerung in Morbach gegen den Wegfall des dortigen Notarztendienstes?
2. Inwiefern kann eine Versorgung aus entfernten Nachbarstandorten ein adäquater Ersatz für einen weggefallenen Notarztstandort, wie z. B. in Morbach, sein?
3. Inwieweit hält die Landesregierung die im Rettungsdienstplan vorgesehene Frist von längstens 30 Minuten bis zum Eintreffen des Notarztes an der Einsatzstelle für ausreichend?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um der Bevölkerung in ländlichen Räumen und aktuell insbesondere in Morbach ihre Sorgen vor zu langen Wartezeiten auf das Eintreffen des Notarztes zu nehmen?

**10. Abgeordneter**  
**Heinz-Hermann Schnabel**  
**(CDU)**

**Umsetzung der Europäischen Umgebungslärmrichtlinie in Rheinland-Pfalz**

Mit dem Grünbuch der Europäischen Kommission „Zukünftige Lärmschutzpolitik“ von 1996 ist eine neue europäische Lärmschutzstrategie eingeleitet worden. Die Umgebungslärmrichtlinie von 2002 ist hier der zentrale Baustein. Diese Richtlinie wurde innerhalb des Bundesemissionsschutzgesetzes in nationales Recht umgesetzt. Dabei wurde die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in die Hand der Kommunen gelegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie weit ist die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in Rheinland-Pfalz fortgeschritten?
2. Sind die Gemeinden sachlich und auch finanziell in der Lage, die ihnen zugeordnete Aufgabe zu erfüllen?
3. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die Aufgabe zur Umsetzung der europäischen Umgebungslärmrichtlinie unter das Konnexitätsausführungsgesetz fällt?
4. In welcher Art und Weise wird das Land die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie darüber hinaus unterstützen?

**11. Abgeordnete**  
**Astrid Schmitt und**  
**Monika Fink (SPD)**

**Beschlüsse zur Vereinigung der Kreissparkasse Vulkaneifel und der Kreissparkasse Bitburg-Prüm**

Nach der Aussetzung der Sparkassenfusionsgespräche zwischen der KSK Bitburg-Prüm und der Sparkasse Trier im Juni 2007 durch den Kreistag Bitburg-Prüm hat der Kreistag des Landkreises Vulkaneifel im Juni 2008 mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, FWG, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vereinigung der Kreissparkasse Vulkaneifel und der Kreissparkasse Bitburg-Prüm gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 Sparkassengesetz beschlossen.

Daraufhin wurde seitens der Fraktionen von SPD, FWG, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 11 e LKO ein Bürgerbegehren mit dem Ziel eingeleitet, die durch den Kreistag gefassten Beschlüsse durch einen Bürgerentscheid aufheben zu lassen.

Vor dem Hintergrund von über 14 000 Unterschriften für das Bürgerbegehren beschloss der Kreistag Vulkaneifel in seiner Sitzung am 21. Juli 2008, die gefassten Beschlüsse zur Vereinigung aufzuheben.

In Presseberichten spricht Vorstand Dieter Grau von Geschäftsverlusten in einer Größenordnung von vier bis fünf Millionen Euro aufgrund der sich über Monate hinziehenden Fusionsdiskussion.

Wir fragen die Landesregierung:

1. War aus Sicht der Landesregierung die geplante Fusion der KSK Vulkaneifel mit der KSK Bitburg-Prüm im Sinne des neuen Absatzes 6 des § 22 Sparkassengesetz (SpkG) wegen nicht ausreichender Leistungsfähigkeit „dringend erforderlich“?
2. Kann die KSK Vulkaneifel auch künftig allein ihren öffentlichen, flächendeckenden Versorgungsauftrag zugunsten der Bevölkerung und der mittelständischen Wirtschaft wahrnehmen?
3. Hat die lange Diskussion um eine Fusion der KSK Vulkaneifel mit der KSK Bitburg-Prüm aus Sicht der Landesregierung zu einem Imageschaden geführt?
4. Welche Folgen ergeben sich aus Sicht der Landesregierung für die KSK Bitburg-Prüm?

**12. Abgeordnete**

**Günter Eymael und  
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

**Einstieghilfen für Menschen mit Behinderungen am ICE-Bahnhof Montabaur**

Presseberichten zufolge hat die DB AG das Personal zur Bedienung der Einstieghilfen für Menschen mit Behinderungen am ICE-Bahnhof Montabaur abgezogen. Insbesondere Rollstuhlfahrern wird damit am ICE-Bahnhof das Ein- und Aussteigen erheblich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die DB AG ihr Personal zur Bedienung der Einstieghilfen für Rollstuhlfahrer abgezogen hat?
2. Wenn ja, wie können Rollstuhlfahrer zurzeit tatsächlich am ICE-Bahnhof Montabaur ein- bzw. aussteigen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation für Menschen mit Behinderung und hier insbesondere für Rollstuhlfahrer am ICE-Bahnhof Montabaur insgesamt?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, damit insbesondere Rollstuhlfahrer zukünftig den ICE-Bahnhof Montabaur ungehindert nutzen können?

**13. Abgeordnete**

**Hans-Josef Bracht,  
Michael Hörter und  
Matthias Lammert (CDU)**

**Drogenkonsum beim Technofestival „Nature One“**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus dem Polizeieinsatz anlässlich des Technofestivals „Nature One“?
2. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die Drogenproblematik im Umfeld der Veranstaltung besser in den Griff bekommen?
3. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Veranstalter, Polizei und Ordnungsbehörden verbessert werden?
4. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung ihre Arbeit auf dem Gebiet der Prävention verbessern?

**14. Abgeordnete**

**Jutta Steinruck (SPD)**

**Frauenprojektemesse**

Unter dem Motto „Frauen engagieren sich“ fand in diesem Jahr die Frauenprojektemesse auf dem Rheinland-Pfalz-Tag vom 13. bis 15. Juni in Bad Neuenahr-Ahrweiler statt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche einzelnen Maßnahmen und Projekte wurden im Rahmen der Frauenprojektemesse dargestellt?
2. Welche Partner und Organisationen waren bei der Umsetzung beteiligt?
3. Wie war die Resonanz der Besucherinnen und Besucher?
4. Gibt es bereits Überlegungen für die Gestaltung der Frauenprojektemesse 2009 beim Landesfest in Bad Kreuznach?

**15. Abgeordneter**

**David Langner (SPD)**

**Sachstand Mittelrheinquerung**

Die UNESCO hat auf ihrer letzten Jahreshauptversammlung ein vorläufiges Statement zur Mittelrheinquerung abgegeben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche zusätzlichen Unterlagen erwartet die UNESCO vor einer abschließenden Entscheidung bezüglich einer festen Querung am Mittelrhein?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen und Vorgaben der UNESCO?
3. Welche nächsten Schritte unternimmt die Landesregierung zur Realisierung der Mittelrheinquerung?
4. Welche Zeitabläufe sieht die Landesregierung für die Überzeugung der UNESCO und die Realisierung der Mittelrheinquerung vor?

16. Abgeordneter  
Hans-Josef Bracht (CDU)

### **Kommunaler Finanz- und Schuldenreport Deutschland 2008 der Bertelsmann Stiftung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Schuldenreports der Bertelsmann Stiftung in Bezug auf Rheinland-Pfalz?
2. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die massive Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung der kommunalen Haushalte abzubauen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Situation der Kassenkredite der Kommunen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern?
4. Wie steht die Landesregierung zu einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs?

17. Abgeordnete  
Marianne Grosse und  
Friederike Ebli (SPD)

### **Entwicklung der Geburtenzahlen in Rheinland-Pfalz**

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2007 685 000 Babys geboren, das waren 12 000 Babys mehr als 2006. Damit wurden nach einem jahrelangen Rückgang erstmals wieder mehr Kinder geboren. Vor allem Frauen im Alter zwischen 33 und 37 Jahren bringen wieder mehr Kinder zur Welt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Geburten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 entwickelt?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem 2007 eingeführten Elterngeld für diese Entwicklung bei?
3. Welche Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergreift und unterstützt die Landesregierung?

18. Abgeordnete  
Hans Jürgen Noss,  
Monika Fink und  
Ruth Leppla (SPD)

### **Lärmbelastung durch militärische Flüge**

Besonders in den Regionen rund um die militärischen Flugplätze in Rheinland-Pfalz beklagen sich Bürgerinnen und Bürger immer wieder über die Lärmbelastung durch militärische Flüge. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die hohe Lärmentwicklung durch tief fliegende Militärmaschinen hingewiesen und die Vermutung geäußert, dass in einigen Fällen vorgeschriebene Mindestflughöhen nicht eingehalten werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger durch militärische Flüge in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Ursachen sind für den militärischen Fluglärm vor dem Hintergrund verantwortlich, dass dieser von vielen Menschen gegenüber dem zivilen Fluglärm als besonders laut empfunden wird?
3. Wie bewertet die Landesregierung Vermutungen, dass nicht eingehaltene Mindestflughöhen die Gründe für besonders lauten Fluglärm sind?
4. Wie und in welchem Umfang wird die Landesregierung durch die verantwortlichen Stellen informiert?